



INHALT JULI/AUGUST 2009

SEITE 1
**GLEICHBERECHTIGT?!
NEUE HANDREICHUNG ZU
PREKARITÄT UND MIGRATION
ERSCHIENEN**

SEITE 2
**DISKRIMINIERUNG
IN DER ARBEITSWELT**
Muslime in Deutschland
besonders betroffen

**EU-PROJEKT ZUR INTER-
KULTURELLEN ÖFFNUNG DER
BEHINDERTENHILFE**
All Inclusive

SEITE 3
**ERFOLGREICHE
BÜNDNISARBEIT**
5000 Menschen demonstrieren
in Pinneberg gegen Neonazis

**TOLERANZ-INITIATIVE
AUSGEWEITET**
Hotel- und Gaststättenverband
tritt "Gemeinsam für Toleranz" bei

TERMINE

SEITE 4
**GESUNGEN, GESPIELT
UND GEWONNEN**

**FILM DES MONATS:
RECOGNITION NOW!**

„AKTIV+GLEICHBERECHTIGT“ versteht sich als ein Beitrag zum Bündnis für Demokratie und Toleranz.



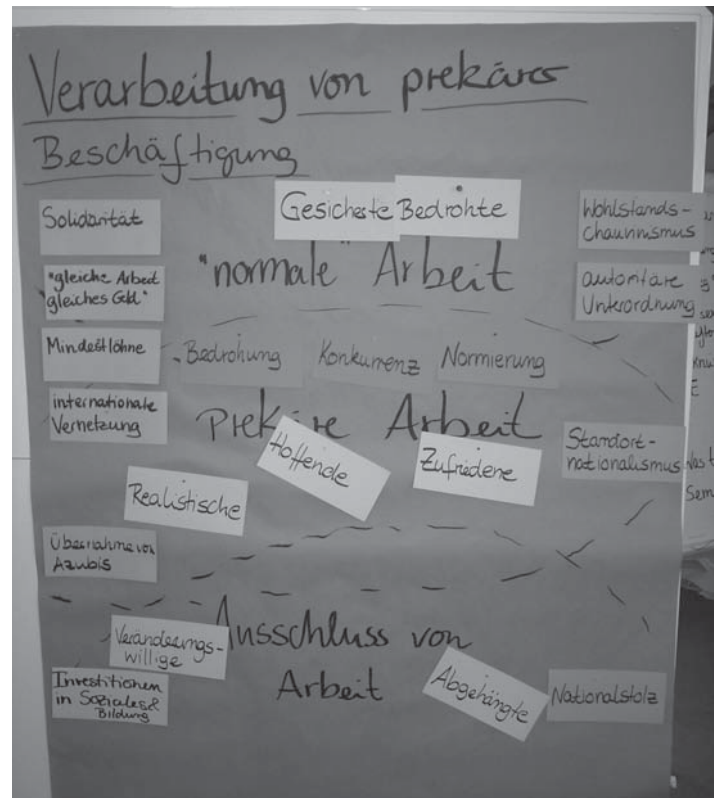
Spendenkonto
Mach meinen Kumpel nicht an! e.V., SEB AG Düsseldorf
Konto 1030 343 800, Bankleitzahl 300 101 11

GLEICHBERECHTIGT?! NEUE HANDREICHUNG ZU PREKARITÄT UND MIGRATION ERSCHIENEN

Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Mini-Jobs, Teilzeitarbeit, (Schein-)Selbständigkeit, Ein-Euro-Jobs... Viele dieser Arbeitsformen sind für Beschäftigte schnell mit Risiken und Unsicherheiten verbunden. Das Projekt Gleichberechtigt?! des Kumpelvereins und der Hans-Böckler-Stiftung hat einen kritischen Blick auf diese prekären Arbeitsverhältnisse geworfen. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, wie prekäre Arbeitsverhältnisse und die Diskriminierung von MigrantInnen zusammenhängen, wie prekäre Arbeitsverhältnisse im Rahmen der Mitbestimmung gestaltet werden können und welche Möglichkeiten der betrieblichen Antidiskriminierungsarbeit im prekären Bereich bestehen. Zwei Jahre lang wurde das Projekt von der Auftraggeberin, der Hans-Böckler-Stiftung finanziert.

Als prekär gelten Arbeitsverhältnisse dann, wenn ihnen im Vergleich zum „Normaljob“ etwas Wichtiges fehlt: Ein existenzsichernder Lohn, soziale Absicherung, Mitbestimmungsrechte und Planungssicherheit. Um herauszufinden, wie GewerkschafterInnen und Betriebsräte die Situation in den Betrieben eingeschätzen, interviewte der Verein über 20 betriebliche Akteure aus verschiedenen Branchen – u.a. aus der Nahrungsmittelproduktion, der Stahlindustrie, dem Baugewerbe und dem Pflegebereich. Die Projektergebnisse liegen nun in Form einer für die Bildungsarbeit nutzbaren Handreichung vor.

Ein erstes Fazit: Prekäre Beschäftigung wird von allen Befragten als zunehmendes Problem wahrgenommen und als wichtiges gewerkschaftliches Handlungsfeld identifiziert. Als Handlungsziel auf betrieblicher Ebene formulieren die Befragten die Zurückdrängung von Lohndumping durch die Durchsetzung des Grundsatzes „Gleiche Arbeit – gleiches Geld“ und durch



die Sicherung und den Erhalt sozialversicherungsrechtlicher Beschäftigungsverhältnisse.

Die Einschätzungen zur Diskriminierung von MigrantInnen fallen uneinheitlich aus. Für viele Befragte steht fest, dass MigrantInnen oftmals mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen konfrontiert und von prekären Verhältnissen besonders betroffen sind. Gleichzeitig droht ihnen, gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise und Beschäftigungsunsicherheit, zum Sündenbock gemacht zu werden. Gegen diese nach rechtsaußen anschlussfähige Sozialdemagogie setzen GewerkschafterInnen und Betriebsräte auf ArbeitnehmerInnen-solidarität – zwischen ausländischen und deutschen KollegInnen, zwischen prekär und sicher Beschäftigten, zwischen Jungen und Alten.

Auf der Basis der Interviews hat der

Kumpelverein Seminarmodule entwickelt, die während des Projektes beispielhaft getestet wurden. Diese Module, die betriebliche Handlungsmöglichkeiten gegen prekäre Beschäftigung und Diskriminierung vorstellen, sind ebenfalls in der Handreichung dokumentiert. Die Bildungsmodule thematisieren die Bereiche prekäre Beschäftigung, strukturelle und alltägliche Diskriminierung sowie betriebliche Handlungsmöglichkeiten. MultiplikatorInnen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit können die Handreichung direkt in ihrem Tätigkeitsbereich einsetzen. Es besteht auch die Möglichkeit, über den Verein ein Seminar zu buchen.

Die Handreichung ist downloadbar unter:

www.gelbehand.de/gleichberechtigt
<http://www.boeckler.de/8014.html>

Verwaltung, Polizei und Gerichte müssen aufhören die Aktivitäten autonomer Nationalisten, die sich selbst in die NS-Tradition stellen, als Jugendsünden zu deuten. Jede nationalsozialistische Tätigkeit ist aus gutem Grund von unserer Verfassung verboten. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Daher gehören NPD, autonome Kamaradschaften und ihre Strukturen konsequent verboten. Genauso wie ihre Aufmärsche.

Verbote alleine helfen jedoch nicht: Der sozialen Demagogie muss die Basis entzogen werden. Arbeits- und Perspektivlosigkeit gerade unter Jugendlichen muss bekämpft werden. Wir treten gemeinsam für ein Gutes Leben ein: Für Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz, Freiheit und Respekt.

A+G: Was plant ihr als nächstes?

Nach dem Erfolg der Demo halten wir das Bündnis aufrecht. Wegen der anstehenden Wahlen rechnen wir damit, dass die Neonazis versuchen werden, erneut zu marschieren. Jenseits von

Gegenaktivitäten organisieren wir eigene Bildungsveranstaltungen und leisten politische Aufklärungsarbeit. Gemeinsam sind wir stärker. Je mehr Menschen rassistischen Äußerungen Paroli bieten und sich neonazistischen Aufmärschen in den Weg stellen, um so weniger Platz bleibt für extrem rechte Tendenzen in der Gesellschaft. Gerade wenn alte und neue Nazis versuchen, öffentliche Räume zu besetzen, sind Zivilcourage und demokratische Gegenwehr notwendig. Wir wollen mit unserer Bündnisarbeit den Nazis den Boden entziehen. Demokratie lebt nicht von der schweigenden Mehrheit, sondern von aktiven Menschen, die den Mund aufmachen. Wir treten weiter dafür ein, dass es keine Neonaziaufmärsche in Pinneberg und anderswo gibt: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Wir machen uns stark für ein solidarisches Miteinander. Dafür wollen wir alle im Bündnis gemeinsam weiter zusammenstehen.

Kontakt:
buendnis-gegen-rechts@gmx.de
www.igmetall-unterelbe.de



Muslime in Deutschland besonders betroffen

DISKRIMINIERUNG IN DER ARBEITSWELT

Eine neue Studie der EU belegt, dass die Diskriminierung von Muslimen in der Arbeitswelt in Deutschland im europäischen Vergleich stark ausgeprägt ist. Betroffen sind hiervon besonders Menschen mit türkischem Migrationshintergrund. Die Befragung berücksichtigt nur Menschen, die sich selbst als Muslime bezeichnen. Ebenfalls im europäischen Vergleich stark ausgeprägt ist in Deutschland die Diskriminierung dieser Gruppe durch Schulpersonal und der Bereich der sozialen Dienstleistungen. Während drei Viertel der Befragten eine Organisation nennen können, die ihnen im Fall von Diskriminierung Un-

terstützung leisten kann, kennen nur knapp 40% das AGG. 45% der Befragten sind der Meinung, es gäbe kein Gesetz, das Diskriminierung bei der Arbeitssuche verbietet. Dies zeigt, dass zum AGG weiterhin Aufklärungsbedarf besteht. Betriebsräte sollten weiterhin darauf achten, dass die Arbeitgeber ihren Informationspflichten gegenüber den Belegschaften nachkommen.

Die Studie zum Nachlesen (auf Englisch):
http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/EU-MIDIS_MUSLIMS_EN.pdf



© photoscholz.de

All inclusive

EU-PROJEKT ZUR INTERKULTURELLEN ÖFFNUNG DER BEHINDERTENHILFE

Im Rahmen des europäischen Jahrs des interkulturellen Dialoges 2008 entstand das EU-Projekt „All inclusive“. Ziel von „All inclusive“ ist es, mehr Chancengleichheit für Menschen zu schaffen, die aufgrund ihres Migrationshintergrundes und ihrer Behinderung doppelt diskriminiert sind. An dem zweijährigen Projekt beteiligen sich sechs Einrichtungen aus sechs EU-Staaten.

Ausgangspunkt ist die Erfahrung, dass sich MigrantInnen mit Behinderung oftmals nur mit Mühe im System der Behindertenhilfe zurechtfinden und dadurch oft später und schlechter versorgt werden. Dies liegt an der mangelnden Vernetzung von Behindertenhilfe und MigrantInnenselbsthilfeorganisationen, der komplexen bürokratischen und für EinwanderInnen undurchschaubaren Struktur der Behindertenhilfe in den meisten europäischen Ländern, Kommunikationsproblemen und mangelnden Kenntnissen der sozialen und kulturellen Hintergründe, die auch das Behinderungsverständnis prägen. All dies trägt zur Ausgrenzung bei. Durch die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Zuwanderer- und Behinderteneinrichtungen sollen diese Barrieren erkannt und beseitigt werden.

Zielgruppen des Projektes sind MigrantInnen mit Behinderung und ihre Familien sowie Einrichtungen der öffentlichen und privaten Behindertenhilfe. Im Rahmen des Projektes wird ein 'interkulturell barrierefreies Modell' ent-

wickelt, das den Abbau von Barrieren innerhalb von Behindertenhilfeeinrichtungen ermöglicht. Ein Maßnahmenpaket wird durch die beteiligten Organisationen entwickelt und erprobt: Dazu gehört u.a. das Training zur interkulturellen Sensibilisierung und Öffnung für MultiplikatorInnen der Behindertenhilfe, das die Interkulturelle Arbeitsstelle IBIS e.V. in Deutschland entwickelt und bereits letzten Herbst mit Professionellen aus der Behindertenhilfe erprobt hat.

MigrantInnen und Behinderte sind dabei ExpertInnen in eigener Sache. Bestehende Hindernisse wurden durch einen Fragebogen analysiert. Anhand der Ergebnisse und Beispielen guter Praxis aus der Behindertenhilfe werden Dienstleistungs- und Bildungsmaßnahmen entwickelt. Neue Ansätze zu einem interkulturell barrierefreien Informationsdesign sollen den Zugang zu Dienstleistungs- und Bildungsangeboten erleichtern.

Die umsetzbaren Projektergebnisse werden in einem gemeinsamen Handbuch aller Projektbeteiligten veröffentlicht und verbreitet. Schließlich sollen mit einem entwickelten Zertifizierungsinstrument am Ende des Prozesses erste Institutionen der öffentlichen und privaten Behindertenhilfe zertifiziert sein.

Kontakt:
 Constanze Schnepf, IBIS e.V.
www.ibis-ev.de
www.allinclusiveproject.eu

ERFOLGREICHE BÜNDNISARBEIT

Unter dem Motto „Tag der deutschen Zukunft“ demonstrierten am 6. Juni 100 autonome Neo-Nationalsozialisten in Pinneberg gegen „Überfremdung“. Gegen den Aufmarsch regte sich riesiger Protest: 5000 Menschen demonstrierten in der 40.000 Einwohner-Stadt. Aufgerufen hatte die Jüdische Gemeinde, die IG Metall im Bündnis „ohne uns!“ mit 50 weiteren Organisationen aus Kirche, Parteien, Initiativen und Antifa Gruppen. Ein Gespräch mit Uwe Zabel, 1 Bevollmächtigter der IG Metall und einer der Sprecher des Bündnisses „Ohne uns – Kein Neonaziaufmarsch in Pinneberg und anderswo“.

A+G: 5000 Menschen sind zu eurer antifaschistischen Kundgebung gekommen in Pinneberg gekommen! Was genau war der Anlass der Demo?

Uwe Zabel: Hier im Kreis Pinneberg – der Metropolregion am Stadtrand Hamburgs – sind Neonazis schon län-

ger aktiv, auch führende Kader der norddeutschen Szene wie Christian Worch und Thomas Wulff. Sie stellen eine wichtige Schnittstelle zwischen den Neo-Nationalsozialisten in den „Freien Kameradschaften“ und in der NPd dar. In letzter Zeit häufen sich Aktivitäten wegen der sogenannten „antikap-Kampagne“, mit der die Nazis gegen Zuwanderung hetzen und soziale Demagogie getreu den Vorgängern SA und NSDAP betreiben.

Seit wann existiert euer Bündnis?

Als Anfang Mai bekannt wurde, dass der Aufmarsch stattfinden soll, haben wir „ohne uns!“ gegründet: Ein breites Bündnis von Jüdischer Gemeinde, den Kirchen, der Moschee über Parteien, Friedensnetzwerk bis hin zur Antifa. Insgesamt sind es über 50 Gruppen. Von gewerkschaftlicher Seite sind neben der IG Metall ver.di, transnet, GEW und der DGB der Region beteiligt. Auch Betriebe haben sich direkt engagiert. Oftmals ist das über die Betriebsräte gelaufen, in einem Fall, bei Autoliv, kam sogar die Personalchefin

auf uns zu und wollte sich beteiligen.

Das hört sich nach riesiger Resonanz an! Wie sahen eure Aktivitäten konkret aus?

Auf die Demo konnten wir rund 5000 Leute mobilisieren. Wir sind stolz auf die Breite des Bündnisses und darauf, dass wir uns nicht spalten lassen! Und das, obwohl uns von den Behörden die Distanzierung von den Antifa-Gruppen nahegelegt wurde. Auch ist es nicht selbstverständlich, dass jüdische Gemeinde und muslimische Gemeinschaft in einem Bündnis gemeinsam mit allen christlichen Kirchen und den Gewerkschaften sitzen.

Unsere gewerkschaftlichen Kontakte konnten wir schon im Vorfeld der Demo nutzen: Die KollegInnen von ver.di und der Transnet haben mit den Verkehrsbetrieben Vereinbarungen geschlossen, dass diese keine Sonderzüge und Busse für die Nazis zur Verfügung stellen. Und das hat geklappt. Unsere IG Metall Betriebsräte mobilisierten in den Betrieben für die breite Teilnahme an der Demo.

Kannten sich die Bündnismitglieder denn schon länger? Was ist die Basis eurer Zusammenarbeit?

Bereits von 1999-2002 existierte ein Bündnis gegen Nazis in Elmsholm, aus dem sich viele Gruppen kennen. Die Nazis haben damals Anschläge auf die IG Metall Geschäftsstelle Elmsholm verübt und Morddrohungen gegen den 1. Bevollmächtigten ausgesprochen. Ihre Einschüchterungsversuche hatten jedoch keinen Erfolg: Es ist ihnen nicht gelungen, die gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten zu unterdrücken. Die damaligen Strukturen von blood and honour und combat 18 in der Region wurden zerschlagen. Sie werden nun neu aufgebaut durch die Aufmärsche der Holigan SA von Thomas Wulff.

Ihr hattet als Bündnis – zunächst erfolgreich – das Verbot des Neonaziaufmarsches durch den Landrat erreicht. Ein Gericht hob die Entscheidung auf. Wie sinnvoll sind Verbotsforderungen überhaupt?

Es bleibt weiter richtig das Verbot derartiger Aufmärsche zu fordern. Politisch,

TERMINE UND VERANSTALTUNGEN:

Tarifvertrag Qualifizierung nutzen. Förderung der Weiterbildungsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund

Seminar, 27. August 2009, Düsseldorf
Veranstalter: DGB-Bildungswerk

Die Existenz des Tarifvertrages Qualifizierung allein ist kein Garant für die Weiterbildungsbeteiligung von Migranten und Migrantinnen. Das Seminar fokussiert auf die besonderen Bedürfnisse von MigrantInnen in der Weiterbildung und stellt die Frage, wie die Weiterbildung von MigrantInnen durch den Tarifvertrag Qualifizierung besser umgesetzt werden kann.
http://www.migration-online.de/beitrag_aWQ9NjUxOQ_.html

Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Seminar, 30.08.2009 - 04.09.2009, Haltern
Veranstalterin: IG BCE

In jüngster Zeit waren Gewerkschafterinnen in vielen Regionen mit rechtsradikalen Aufmärschen und Wahlerfolgen von Neonazis konfrontiert. Das Seminar unterstützt Aktive, rechtsextremen und fremdenfeindlichen Strömungen im Betrieb oder vor Ort zu begegnen.

www.igbce.de/portal/site/igbce/bildung_und_qualifizierung/

Rechte Propaganda – Aussagen, Hintergründe, Organisationen

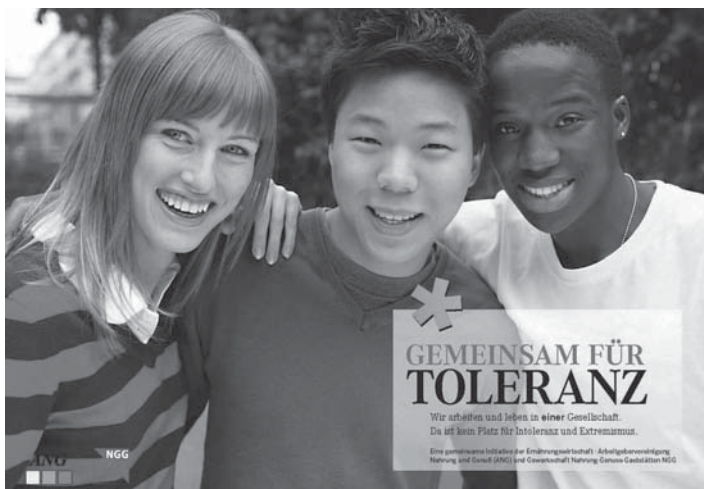
Seminar, 14.9.-18.9.2009, Jugendbildungszentrale Naumburg
Veranstalterin: ver.di

Rechte Propaganda wird nicht nur an Stammtischen, sondern auch in Medien und Politik oft in versteckter Form platziert und ist ein Faktor für den Erfolg rechtsextremer Parteien. Welche Gruppen und Personen haben daran ein Interesse?

Im Seminar werden verschiedene Organisationen und deren Hintergründe beleuchtet, mit dem Ziel, ihre Aussagen zu widerlegen. Handlungs- und Vernetzungsmöglichkeiten werden aufgezeigt.
www.verdi-bildungsportal.de/jugendseminare/

Hotel- und Gaststättenverband tritt „Gemeinsam für Toleranz“ bei

TOLERANZ-INITIATIVE AUSGEWEITET



Gemeinsame Sache gegen Rechtsextremismus, Intoleranz und Gewalt machen die Gewerkschaft NGG, der ANG und nun auch der Hotel- und Gaststättenverband. Ende April trat er der Initiative bei. Auf der Homepage der Initiative finden sich Hintergrundinfor-

mationen und gute Beispiele für die betriebliche Arbeit gegen Rechtsextremismus und für ein tolerantes Miteinander im Betrieb.

Kontakt:
www.gemeinsam-fuer-toleranz.de

Fortsetzung Seite 2

FILM DES MONATS: RECOGNITION NOW!

Das Bauingenieursstudium von Joe Idris-Agyemang wird in Deutschland nicht anerkannt. Auch seine langjährige Erfahrung als selbstständiger Bauunternehmer in Ghana zählt nichts. Prägnant und eindrucklich schildern ein Bauingenieur, eine Lehrerin, ein Musikprofessor und ein Psychologe ihre Schwierigkeiten in Deutschland ihre in einem Drittstaat erworbenen Bildungsabschlüsse anerkennen zu lassen. EinwanderInnen aus Ländern außerhalb der EU müssen hohe Hürden überwinden, wenn sie in Deutschland arbeiten wollen: Ihr aufenthaltsrechtlicher Status entscheidet, ob sie überhaupt Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen. So ist auch Armando Massón Valdez aus Kuba mit einem zweifachen Problem konfrontiert: Sein Diplom in Psychologie wird nicht anerkannt. Auf Grund seiner Duldung hat er auch keine Arbeitserlaubnis. Im Film äußert er seinen größten Wunsch: Herr Massón Valdez möchte in Deutschland in seinem Beruf als Psychologe arbeiten. Auf Grund des Vorrangprinzips für Deutsche und EU-EinwohnerInnen werden BewerberInnen aus Drittstaaten auch mit Arbeitserlaubnis nur nachrangig berücksichtigt. Dies muss auch Lamina Al Balwa erfahren: Im Irak hat sie viele Jahre als Lehrerin gearbeitet. Nach absolviertem Deutsch-

kurs möchte sie nun als Lehrerin für Arabisch weiter in ihrer Profession arbeiten. Doch sie findet keine Stelle und verdient sich ihren Lebensunterhalt als Reinigungskraft. Die Regelungen über die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse sind in Deutschland kompliziert und unübersichtlich. Bei reglementierten Berufen (in Deutschland gehören dazu u.a. die Gesundheitsberufe, pädagogische Berufe, der technisch handwerkliche Bereich, die Rechtspflege und die Wirtschafts- und Steuerprüfung) richtet sich die Anerkennung sowohl nach der Art des anzuerkennenden Berufsabschlusses als auch nach dem Wohnort. Dies liegt daran, dass Bildung in Deutschland auf Grund der föderalen Struktur in der Zuständigkeit der einzelnen Bundesländer liegt. Je nach Berufsfeld regeln Kultus-, Gesundheits- und Landwirtschaftsministerien, sowie Industrie-, Handels- und Handwerkskammern die Anerkennung. Bei nicht reglementierten Berufen entscheidet allein der Arbeitgeber, ob die Qualifikationen der BewerberInnen aus einem Drittstaat für die Stelle adäquat sind. Die kurzen Spots auf die vier Biografien eignen sich gut zum Einstieg in die Diskussion über Diskriminierung von Drittstaatsangehörigen auf dem Arbeitsmarkt sowie die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. Die

Komplexität des Themas wird trotz der Kürze des Films sehr gut sichtbar. Der vierminütige Kurzfilm ist ausleihbar über:
www.migration-online.de/medienvverleih



GESUNGEN, GESPIELT UND GEWONNEN

Schülerinnen der Berufsschule Berta Joudan gewannen mit einem Song und einem Bildungsmodul den ersten Preis des Wettbewerbs „Die gelbe Hand“, den der Kumpelverein im letzten Jahr zum vierten Mal vergab. Das Klassenprojekt „Die gelbe Hand“ wurde von den Schülerinnen und Schülern selbst entworfen. Die Themen Rassismus, Ausgrenzung und Mobbing wurden dabei auf unterschiedliche Art und Weise zur Sprache gebracht. Die SchülerInnen texteten einen Song, den sie in einem Tonstudio professionell einsangen. Beeindruckend ist auch ihr zweiter gewählter Themenzugang: Der Entwurf eines interaktiven pädagogischen Moduls in Form von Rollenspielen. Und da alle Theorie grau ist, nahmen die SchülerInnen sogleich Kontakt zu einer anderen Frankfurter Schule auf, um die Bildungsmodule in einer 10. Klasse zu testen. So hielten sie eine Unterrichtsstunde ab, die sie mit Hilfe eines Fragebogens auswerten. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Positive Reak-

tionen in der Testklasse und einen ersten Preis beim Wettbewerb „Die gelbe Hand!“. Der Song ist im Internet downloadbar unter www.gelbehand.de/berta_jourdan
Kontakt:
Berufliche Schulen Berta Jourdan
Klasse BFO2
Adlerflychstr. 24
60318 Frankfurt

In eigener Sache:
Auch in diesem Jahr wird der Wettbewerb „Die gelbe Hand“ ausgeschrieben. Den Newsletter „Aktiv + Gleichberechtigt“, der in den letzten Monaten auf Grund der prekären finanziellen Lage des Vereins nur unregelmäßig erscheinen konnte, wird in Zukunft wieder regelmäßig erscheinen.

IMPRESSUM HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus

VORSTAND
Giovanni Pollice, IG BCE
Sabine Hüther, IG Metall
Micheale Dälken, DGB Bildungswerk

VERANTWORTLICH
für den Inhalt: Giovanni Pollice

REDAKTION
Heike Mauer

FOTOS
Kumpelverein, scholzphoto.de

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT
Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

PRODUKTION
Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40800900

